

Der Verbraucher hat es in der Hand



Peter Hanuschke
über den Einzelhandel

Selbstverständlich ist es legitim, sich vor dem Kauf über Preise zu informieren und zu vergleichen. Das findet nicht nur bei teuren Produkten statt, sondern das ist schon beim täglichen Einkauf für viele ein Muss – auch dafür eignet sich das Internet bestens. Es ist auch legitim, statt im stationären Einzelhandel im Onlinehandel zu bestellen.

Doch es gibt Grenzen, was das Einkaufsverhalten angeht: Wer für sich die ausführliche Beratung im stationären Einzelhandel in Anspruch nimmt, die Waren aus- und anprobiert und später online die Ware bestellt, weil sie vielleicht fünf Euro günstiger ist, sollte sich fragen, ob diese Ersparnis gut angelegt ist – allein schon aus Respekt gegenüber der erbrachten Leistung. Vielleicht ist der Kunde gerade wegen der Beratung darauf gebracht worden, ein generell günstigeres Produkt auszuwählen. Vielleicht wurde ihm deutlich gemacht, dass die kleinere Variante für seinen Zweck völlig ausreichend ist.

Machen Einkäufe mit Beratungsdiebstahl Schule, hat das Folgen.

Machen Einkäufe mit Beratungsdiebstahl Schule, hat das Folgen: Dem stationären Einzelhandel wird es noch schwerer gemacht, im schlimmsten Fall droht irgendwann das Aus. Mit der Beratung vor Ort war es das. Sicherlich gibt es auch Preisunterschiede, die deutlich mehr als fünf Euro betragen. Doch damit sollte offen umgegangen werden. Der Einzelhändler sollte die Chance haben, reagieren zu können.

Allein durch das sogenannte Showrooming ist kein Einzelhandelsgeschäft gefährdet. Es gibt vielmehr Rahmenbedingungen, die besser sein sollten und politisches Handeln erfordern – beispielsweise bei der Infrastruktur: So sollte es neben einem funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr auch die Möglichkeit geben, mit dem Auto in die Innenstadt zu kommen und citynah zu akzeptablen Preisen parken zu können. Anderenfalls wird das Shoppingcenter auf der grünen Wiese angefahren.

Letztlich hängt vieles vom Verbraucher ab. Wer seine Waren nur auf chinesischen Handelsplattformen mit Billigprodukten online bestellt, ist der „Geiz-ist-geil-Mentalität“ so sehr verfallen, dass er nicht mitbekommt, wie er Unternehmen unterstützt, die offensichtlich nicht nach unseren Werten und Normen produzieren. Das sind aber Auflagen, die wir als Gesellschaft von Unternehmen zu Recht einfordern – und die kosten Geld.

Bericht Seite 17
peter.hanuschke@weser-kurier.de

WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten

WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten

TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG

Martinstraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteurin: Silke Helliwig - **Mitglied der Chefredaktion:** Michael Baltes - **Chef vom Dienst:** Michael Brandt - **Digitalchef:** Bastian Angendorf - **Eiserbeck:** Art-Direktor: Franz Berding
Chefreporter: Jürgen Hinrichs, Jean-Julien Beer - **Leiter Zentralredaktion und Politik:** Thorsten Waterkamp (Stellvertretung)
Bremen/Niedersachsen und Wirtschaft: Maren Beneke, Mathias Sonnenberg - **Kultur:** Iris Hetscher - **Sport:** Olaf Dorow
Kommunal- und Landespolitik: Jürgen Theiner - **Stadtteile:** Antje Borstelmann
DIE NORDDEUTSCHE: Björn Josten - **WÜMME-ZEITUNG:** André Fesser - **OSTERHOLZER KREISBLATT:** Lars Fischer
SYKER KURIER/REGIONALE RUNDschau: Wolfgang Sembritzki*
ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land: Felix Gutschmidt*
DELMENHORSTER KURIER: Gerwin Möller*
Büro Berlin: Markus Peters - **Büro Brüssel:** Katrin Pribyl
Büro London: Susanne Ebner - **Büro Paris:** Birgit Holzer
Büro Washington: Thomas Spang *PresseDienst Nord GmbH
Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 48,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 78.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
Mo. bis Fr.: 9.30 bis 17 Uhr.
Telefonisch Mo. bis Fr. von 7 bis 17 Uhr und Sa. von 7 bis 12 Uhr.
Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
Online: weser-kurier.de/kundenservice sowie über die WK News-App

Redaktion:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21/36 71 66 55
Telefax: 04 21/36 71 42 21 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH



Til Mette exklusiv Weitere Karikaturen unter www.weser-kurier.de/karikaturen

Woidke will als Zweiter nicht weitermachen



Benjamin Lassiwe
über Brandenburg

Zwei Wochen vor der Brandenburger Landtagswahl werden die Abstände zwischen den Parteien größer. Und Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) scheint es nicht mehr zu gelingen, zur vom Verfassungsschutz als „rechtsradikaler Verdachtsfall“ eingestuften AfD und ihrem Spitzenkandidaten Hans-Christoph Berndt aufzuschließen. Eine ARD-Umfrage sieht die Rechtsextremisten aktuell bei 27 Prozent der Wählerstimmen. Die SPD kommt auf 23 Prozent, die CDU auf 18 und das Bündnis Sahra Wagenknecht auf 15 Prozent. Die Grünen wären mit fünf Prozent extrem knapp im Landtag, die Linken mit vier Prozent draußen, ebenso die Freien Wähler mit drei Prozent – sofern es diesen Parteien nicht gelingt, irgendwo im Land ein Direktmandat zu holen, das dann die Fünf-Prozent-Hürde außer Kraft setzt.

Für Ministerpräsident Dietmar Woidke sind diese Zahlen bitter. Der seit 2013 regierende Ministerpräsident, der überhaupt erst der dritte Regierungschef in der Geschichte des Landes Brandenburg ist, setzt in seiner Wahlkampagne nicht nur auf extreme Personalisierung. Er hat auch öffentlich ausgeschlossen, als Ministerpräsident weiterzumachen, wenn er als Zweiter hinter der AfD ins Ziel kommt. Bleiben die Zahlen so, drohen dem Land sozialdemokratische Nachfolgekämpfe: Sowohl die derzeitige Finanz- und Europaministerin Katrin Lange, die

als innenpolitisch konservativ gilt, als auch die großstädtische Wissenschafts- und Kulturministerin Manja Schüle, als auch der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Daniel Keller, kämen als mögliche Nachfolger für Woidke infrage. Der Ministerpräsident selbst favorisiert Lange, die als stellvertretende Landesvorsitzende der SPD auch seine natürliche Nachfolgerin wäre. Aber ausgemacht ist an dieser Stelle derzeit wohl noch nichts – und wer Woidke wählt, weiß nicht, was er nach Schließung der Wahllokale am 22. September bekommen wird.

Zumal da auch noch CDU-Herausforderer Jan Redmann ist. Der inszeniert die

Die CDU inszeniert die Wahl als Abstimmung über die Ampel.

Landtagswahl am 22. September als Abstimmung über die Ampel in Berlin. Sein Tenor: Wenn die SPD ihre Hochburg Brandenburg verliert, müsste auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der seinen Wohnsitz bekanntlich in Potsdam hat, den Hut nehmen. Es ist gut möglich, dass solch eine Kampagne der CDU auf den letzten Metern des Wahlkampfes noch Stimmen bringt – nicht umsonst verzichtet Woidke derzeit auf jeden gemeinsamen Auftritt mit Scholz. Beim Sommerfest der Brandenburger SPD vor einigen Tagen in Potsdam durfte der Kanzler zwar über das Festgelände spazieren und mit Genossen Selfies machen. Auf die Bühne ließ ihn Woidke nicht.

Vorläufig allerdings muss sich Scholz keine Sorgen machen, dass die SPD ihr Kernland Brandenburg verliert. Größere Sorgenfalten sieht man auf den Gesichtern der Spitzenkandidaten der Grünen, Antje Töpfer und Benjamin Raschke, und des Landesvorsitzenden der Linken, Sebastian Walter. Beide Parteien sind in der akuten Gefahr, den Wiedereinzug in den Landtag zu verfehlen. Denkbar erscheint in Potsdam ein Szenario mit einer Koalition aus SPD, CDU und BSW: Zu knapp könnte es für die Grünen beim Einzug in den Landtag werden. Das BSW hingegen wird in Brandenburg vom Arbeitsrichter Robert Crumbach geleitet, der einst Fraktionsreferent der SPD im Landtag war. Berührungspunkte mit ihm gibt es nicht, man kennt sich in der kleinen Landeshauptstadt. Und erst vor Kurzem hat Crumbach klar gemacht, dass nicht nur eine Koalition mit der AfD für ihn nicht infrage kommt. Der BSW-Landeschef sprach sich auch öffentlich für ein AfD-Verbotsverfahren aus und ging damit auch zu seiner Parteichefin auf Distanz, die zuletzt für einen offeneren Umgang mit der rechtsextremen Partei warb.

Doch sollten die kleinen Parteien tatsächlich den Wiedereinzug in den Landtag verfehlen, könnte so auch eine Situation eintreten, bei der die AfD die einzige Oppositionsfraktion im Brandenburger Landtag wäre. Für die Demokratie im Land wäre das verhängnisvoll: Denn großen Teilen der Zivilgesellschaft würde dann ein Ansprechpartner in der Opposition fehlen. Dass sich Flüchtlingsinitiativen, Biobauern oder Windkraftinvestoren an die rechtsextreme AfD wenden, scheint nicht vorstellbar.

benjamin.lassiwe@weser-kurier.de

„Wer jetzt die Ausgaben scheut, bezahlt in Zukunft doppelt“

Stuttgarter Nachrichten
über die Bahn-Digitalisierung

Am Ende dieser Hauruck-Aktionen, die den Fahrgästen viel zumuten, würde wieder die bisherige Sicherungstechnik eingebaut, die schon vorhanden war. Die digitale Alternative, von der sich viele Experten einen dichteren und doch stabileren Bahnverkehr versprechen, bliebe außen vor. Fatal wäre das für die Fahrgäste, fatal wäre es für die Besitzer von Zügen, die im Vertrauen auf die Pläne der Bahn viel Geld in die Aufrüstung ihrer Fahrzeuge stecken und fatal wäre es für die Zulieferindustrie. Warum sollten Unternehmen Geld in die Weiterentwicklung stecken, wenn die Absatzmöglichkeiten ungewiss sind? Die Digitalisierung der Schiene kostet viel Geld. Aber wer jetzt die Ausgaben scheut, bezahlt in Zukunft doppelt.

„Er will bestimmen, was im Detail geschieht“

Stuttgarter Zeitung
über das Verhandlungsangebot Putins

Dabei will der russische Präsident doch Frieden – das beteuerte er eben erst während eines Wirtschaftsforums im russischen Wladiwostok (...) Er versteht darunter keinen Frieden, wie ihn jeder versteht: kein Sterben mehr, keine Bomben, Gespräche darüber, wie man auf Augenhöhe miteinander umgehen und sich respektieren will. Nein, Putin will bestimmen, was im Detail geschieht und es dann Frieden nennen. Für die Ukraine sähe das so aus: Sie verlöre etwa ein Sechstel ihres Gebiets – vor allem die Region Donbass, in der Geologen eines der weltweit reichsten Vorkommen seltener Erden vermuten. Über die besetzte Krim soll bis zu 15 Jahre lang verhandelt werden. Fällt sie an Russland, verlöre die Ukraine fast 20 Prozent ihres Landes.

Bremen sollte Bürger gleich am Anfang hinzuziehen

Olaf Brandstaedter
über Stadtentwicklung

Die Entwicklung einer Stadt planen, das ist eine zunehmend komplexe Aufgabe. Damit Bremen seine Aufgabe der Daseinsvorsorge bei Bildung, Wohnen, Gesundheit, Erholung und Verkehr zur Zufriedenheit der Bürger erfüllen kann, muss bedacht werden, dass diese Punkte miteinander zusammenhängen. Was nützt es etwa, viele Wohnungen für Neubürger zu bauen, wenn es dann nicht ausreichend Ärzte und Lehrer für alle gibt? Wie wirkt sich Versiegelung auf Extremwetterereignisse wie Hitze und Starkregen aus? Wie der zunehmenden Vereinsamung begegnen? Drei wichtige Punkte: Es gibt

Akteure, die eine „wachsende Stadt“ als Vision haben und fordern, mehr Hochhäuser in Bremen zu bauen, man versiegele dabei wenig Fläche und schaffe viel Wohnraum, auch stellten diese Hochhäuser dann etwas Besonderes für Bremen dar.

Stadtentwickler sollten sich von solch angeblich einfachen Lösungen nicht täuschen lassen. Die höchste Einwohnerdichte in Bremen hat das Viertel mit seiner klassischen Blockrandbebauung, sie ist dort mit über 15.000 Einwohnern pro Quadratkilometer doppelt so hoch wie in der Neuen Vahr und dreimal so hoch wie in Tenever oder Blockdiek. Hochhäuser, also Häuser mit 22 Meter Gebäudehöhe und mehr, benötigen zudem mehr Verkehrs- und Freiflächen, sie erzeugen Verschattung, mehr Vereinzelung, hinterlassen einen relativ hohen CO₂-Fußabdruck, Fakten aus dem Beitrag

„Mythos Hochhaus“ der heutigen Senatorin Claudia Bernhard. Also: Maßstäblichkeit beim Bauen bewahren.

Punkt zwei: Statt mit großen Rosinen im Kopf sollte Bremen mit dem beginnen, was ist: Die Bürger haben eine hohe Identifikation mit ihren Quartieren. Sie kennen sich in der Regel gut aus und wissen um Dinge, die Planern so gar nicht bewusst sind. Von Anfang an müssen daher die Bürger hinzugezogen werden, wenn es um Planungen in ihren Quartieren geht. Über umstrittene Maßnahmen müssen sie im Rahmen von vereinfachten Volksentscheiden abstimmen dürfen, man denke nur an den Bahnhofspatz, der jetzt infolge der Dudler-Bauten keine Aufenthaltsqualität mehr hat.

Und drittens: Die Planung und Entwicklung der Stadt ist eine ureigene kommunale Aufgabe, die Bremen völlig unabhängig von

kommerziellen Interessen von Investoren zu erfüllen hat. Denn die Interessen der Bürger sind andere als die der Investoren, die nach Profit streben – wenn man sie uneingeschränkt lässt. Am Ende müssen wir dort hinkommen, Stadtentwicklungen auszuhandeln, was im Übrigen die Demokratie weiter stärken würde – in unruhigen Zeiten.

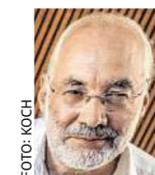


Foto: KOB

Unser Gastautor
ist Mitglied des Sprecherkreises vom Zusammenschluss Bremer Bürgerinitiativen und Sprecher der Bremer Bahnhofspatz-Initiative.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.